Gesine Fuchs, Eva Maria Hinterhuber

Demokratie von unten?

Unverfaßte politische Partizipation von Frauen in Polen und Rußland

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa löste nicht nur einen tiefgreifenden Wandel der politischen Systeme und der Wirtschaftsordnung aus, er ging auch mit einem Umbruch in den Geschlechterverhältnissen einher. Den neuen Partizipationsmöglichkeiten stehen geschlechtsspezifische Einschnitte im Bereich politischer, sozialer und ziviler Rechte gegenüber. In Polen und Rußland haben jedoch unkonventionelle Formen politischer Beteiligung von Frauen zum Abbau bestehender Demokratiedefizite beigetragen. Kleine Frauenbewegungen sind entstanden, die nach und nach Interessen formulieren, diese mit Verweis auf das bestehende Recht legitimieren, neue Frauenbilder popularisieren und dazu Impulse an politische Institutionen geben.

Die Konsolidierung der Demokratie in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas hängt nicht nur von den formalen politischen Institutionen ab, auch Aspekte der politischen Beteiligung spielen eine wichtige Rolle. Sind institutionelle Minima wie ein inklusives Staatsbürgerrecht, freie, faire und periodische Wahlen der Machthaber, die Rechtsbindung staatlichen Handelns und die Gewaltenteilung sowie Meinungs-, Informations- und Vereinigungsfreiheit etabliert[1], bedarf es für eine substantielle Demokratisierung weiterer Schritte. Alle sozialen Gruppen müssen hierzu nicht nur de jure, sondern auch de facto die Möglichkeit haben, an Entscheidungen zu eigenen Angelegenheiten aktiv teilzunehmen. Gruppenzugehörigkeit darf nicht zu einer Diskriminierung bei zivilen, politischen und sozialen Rechten führen.[2] So ist gerade die

Gesine Fuchs (1967), Dr. phil., ist in der Gleichstellungsarbeit für die Universität Basel und den Kanton Basel-Landschaft tätig.
Eva Maria Hinterhuber (1973), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut für Dritter-Sektor-Forschung in Berlin, Doktorandin, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

1 Siehe dazu: Robert Dahl: Democracy and its Critics. New Haven 1989, S. 127–129.

2 Thomas H. Marshall hat in einem „Fortschrittsmodell" dargelegt, wie sich seit dem 18. Jahrhundert zuerst zivile Grundrechte entwickelt haben, danach politische Partizipationsrechte und schließlich im 20. Jahrhundert soziale Rechte wie das Recht auf Bildung, Fürsorge, Wohnung und Arbeit. Diese sozialen Rechte bilden die Voraussetzung zum faktischen Genuß der zivilen und politischen Rechte. Die Sicherung bzw. Kodifikation sozialer Rechte ist bis heute umstritten. Für Frauen verlief die Rechtsentwicklung allerdings diskontinuierlich. So konnten Frauen in vielen Ländern bereits wählen, als sie noch nicht voll vertragsfähig waren oder ihr Schutz auf körperliche Unversehrtheit in der Ehe unvollständig war. Thomas H. Marshall: Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt/M./New York 1992,

Beteiligung unterprivilegierter Gruppen am politischen Entscheidungsprozeß für die fortlaufende Demokratisierung wichtig. Ein entsprechender Blick auf den Frauenanteil an politischer Macht und politischen Entscheidungsprozessen offenbart in den beiden hier untersuchten Länder ein großes Defizit, das in Rußland stärker ausgeprägt ist als in Polen. So beträgt der Frauenanteil im Parlament in Polen derzeit 20 Prozent, in der Rußländischen Föderation lediglich 7,6 Prozent. Frauen organisieren sich jedoch vermehrt in NGOs, wo sie in vielen Bereichen die Mehrheit stellen, und sie gründen Frauenorganisationen. Diese Frauenorganisationen propagieren mehrheitlich neue Frauenbilder und versuchen, das „Universum des Diskurses"[3] neu zu bestimmen und frauenpolitische Forderungen zu stellen. Sie wollen erreichen, daß politisches Engagement und Macht von Frauen als legitim akzeptiert werden.

In diesem Beitrag fragen wir, ob und wie die Beteiligung in Frauen-NGOs die Demokratisierung in den Transformationsländern vertiefen kann. Dazu vergleichen wir die Traditionen und die Entwicklung politischen Engagements von Frauen in Polen und Rußland und bewerten das Potential dieser Aktivitäten für die weitergehende Demokratisierung vor dem jeweils spezifischen Hintergrund in den beiden Ländern.

Der hier untersuchte Teilbereich der unverfaßten Partizipation stellt nicht nur das Vorfeld zum Engagement in Parteien, Parlamenten und in der Exekutive dar. Er ist auch wesentlich für die verschiedenen Dimensionen der demokratischen Konsolidierung, wie etwa die Konsolidierung von Repräsentations- und Vermittlungsformen oder von demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen.[4] Zivilgesellschaft kann sowohl Ziel als auch Terrain einer umfassenden Demokratisierung sein. Der Zivilgesellschaft werden allgemein vier Funktionen zugeschrieben: eine Schutz- und Kontrollfunktion gegenüber dem Staat, eine Vermittlungsfunktion zwischen ihm und sozialen Netzwerken, eine Schulungsfunktion für demokratische Werte und Verhaltensweisen sowie eine Kommunikationsfunktion zur Formulierung und Repräsentation gesellschaftlicher Interessen.[5] Positive Wirkungen der Zivilgesellschaft in Transition und Konsolidierung werden besonders in drei Bereichen gesehen.[6] Erstens beim Schutz vor Eingriffen des Staates und durch die Kontrolle seiner Tätigkeit, etwa durch Menschenrechts- oder Rechtsschutz-NGOs. Zweitens als Schulen der Demokratie: Hier wirken NGOs durch politische Bildung, Aktivierung und durch Umgang mit Konflikten. Ein dichtes Netz von Zusammenschlüssen stärkt die kulturellen Grundlagen der Demokratie und schafft soziale Kohäsion. Schließlich befähigen die NGOs

[1949], S. 33–94. Vgl. auch Ute Gerhard (Hg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. München 1997.

3 Siehe Jean L. Cohen/Andrew Arato: Civil Society and Political Theory. Cambridge, Mass. 1994.

4 Vgl. Wolfgang Merkel: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen 1996, S. 30–58.

5 Aurel Croissant/Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel: Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich, in: Wolfgang Merkel: Systemwechsel 5. Opladen 2000, S. 9–50. – Charles Taylor: Der Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft" im politischen Denken des Westens, in: Micha Brumlik/Hauke Brunkhorst (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1993, S. 117–148.

6 Exemplarisch: Larry Diamond: Developing Democracy. Towards Democratic Consolidation. Baltimore 1999, S. 239–250.

durch offensive Information Bürgerinnen und Bürger dazu, ihre Interessen innerhalb der multiplen Kommunikationskanäle der entstehenden Zivilgesellschaft zu vertreten. Frauenorganisationen sind besonders im Bereich des Rechtsschutzes, in karitativen Fragen und in der Wissens- und Informationsvermittlung aktiv.

In der folgenden Analyse von Frauenorganisationen gehen wir davon aus, daß sie nur als legitime neue politische Akteurinnen akzeptiert werden, wenn sie eine ‚duale Logik' verfolgen. Nur eine Neudefinition kultureller Normen sowie individueller und kollektiver Identitäten – also *politics of identity* – kann gewährleisten, daß zum einen neue politische Akteurinnen und Aktuere *(politics of inclusion)* in der politischen Gesellschaft anerkannt werden, und zum anderen das ‚Universum des politischen Diskurses' beeinflußt wird *(politics of influence)*.[7] Von einem erfolgreichen Beitrag der Frauenorganisationen zur demokratischen Konsolidierung insbesondere der Repräsentationsmechanismen und der gesellschaftlichen Einstellungen können wir sprechen, wenn sie einen Bewußtseins- und Wertewandel in Gang bringen können, wenn die Organisationen ihre Themen auf die politische Agenda setzen und Veränderungen bewirken können, und wenn Frauen in (zivilgesellschaftlichen und institutionalisierten) politischen Rollen in stärkerem Maße akzeptiert sind.

Geschlechterverhältnisse und Traditionen politischen Engagements im Umbruch

Die Zeit vor dem und im Realsozialismus

Sowohl in Polen als auch in Rußland wird Feminismus häufig entweder mit der verkürzten staatssozialistischen Emanzipationspolitik gleichgesetzt oder als Westimport wahrgenommen. Tatsächlich aber gibt es in beiden Ländern eine lange historische Tradition der Organisierung von Frauen. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierte sich sowohl in Rußland als auch in Polen eine lebendige und ausdifferenzierte Frauenbewegung.[8] Zwar kooperierten die Bewegungen kaum, doch weisen ihre Agenden Parallelen auf: Sie forderten vor allem Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, gegen Ende des 19. Jahrhunderts dann auch politische Rechte.

Während nach dem Ersten Weltkrieg in Polen zahlreiche neue Frauenorganisationen entstanden, erfolgte in Rußland nach der Oktoberrevolution die Vereinnahmung der „ursprünglichen" Frauenbewegung durch den Versuch einer „Emanzipation von oben". Gleichheit vor dem Gesetz, Wahlrecht, ein liberalisiertes Ehe- und Scheidungsrecht, die Legalisierung der Abtreibung und Arbeitsschutzgesetze waren dabei

[7] Cohen/Arato: Civil Society [Fn. 3], S. 529f.

[8] Zur Geschichte der russischen Frauenbewegung: Anna Köbberling: Zwischen Liquidation und Wiedergeburt. Frauenbewegung in Rußland von 1917 bis heute. Frankfurt/M. 1993. – Zur Geschichte der polnischen Frauenbewegung: Natali Stegmann: Die Töchter der geschlagenen Helden. „Frauenfrage", Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919. Wiesbaden 2000. Zur „Matka Polka", der nationalen und katholischen Weiblichkeitsallegorie der „Mutter Polin" vgl. Elżbieta Ostrowska: Filmic Representation of the „Polish Mother" in Post-Second World War Polish Cinema, in: European Journal of Women's Studies, 3–4/1998, S. 419–435.

ein großer Fortschritt für die Frauen. Die Frauenfrage galt jedoch als „Nebenwiderspruch", der sich erst nach der Lösung der Klassengegensätze vollständig beseitigen ließe. Die traditionelle Rollenverteilung wurde trotz der anvisierten, jedoch nie vollständig realisierten Vergesellschaftung der Hausarbeit (durch soziale Einrichtungen wie Kinderkrippen und öffentliche Küchen) nicht in Frage gestellt. Die Frauenabteilungen (*ženotdely*) der Partei, die sich Verdienste bei Gesundheitsfürsorge oder Alphabetisierung erworben hatten, wurden seit Mitte der 1920er Jahre zunehmend für die politische Mobilisierung von Arbeiterinnen instrumentalisiert. Im Stalinismus wurde die Frauenfrage schließlich für gelöst erklärt. Tatsächlich griff man auf reaktionäre Ideale von Mütterlichkeit und Sittsamkeit zurück, ohne jedoch die weibliche Erwerbstätigkeit als Norm aufzugeben.

Durch die kommunistische Machtübernahme in Polen nach 1945 kamen auch dort sozialistische Emanzipationsmodelle zu den bisherigen nationalen und katholischen Frauenrollen hinzu. Umfassende rechtliche Gleichstellung, legalisierte Schwangerschaftsabbrüche und Unterstützung der Mutterrolle durch Sozialleistungen erleichterten die Mobilisierung für Erwerbstätigkeit. Die einzige zu sozialistischen Zeiten legale Frauenorganisation, die *Liga Kobiet Polskich* (Liga der polnischen Frauen), sollte als Transmissionsriemen der Partei zu den Frauen fungieren, war dabei für diese aber unattraktiv. Mehr Zuspruch hatten ihre vielfältigen Beratungsleistungen in Sachen Doppelbelastung. Die Liga hatte keinerlei politischen Spielraum.[9]

Mit der „demographischen Krise" in den 1970er Jahren wurden in Polen und in der UdSSR die finanzielle Unterstützung von Müttern verbessert und großzügige Freistellungsregelungen von der Erwerbstätigkeit eingeführt, um die Zahl der Geburten zu fördern. In Polen versuchte das Regime über Familienförderung und Sozialleistungen Legitimität zurückzugewinnen. Somit wurden Frauen in beiden Ländern als Arbeitsmarktreserve betrachtet, deren Erwerbstätigkeit je nach wirtschaftspolitischer Opportunität begrüßt oder abgelehnt wurde.[10] Dies zeigte sich auch in Rußland, als Ende der 1980er Jahre aus volkswirtschaftlichen Gründen berufstätige Frauen in einer beispiellosen (Medien-)Kampagne verunglimpft wurden, indem sie für allgemeine gesellschaftliche Probleme (von der Jugendkriminalität bis zur Umweltverschmutzung) verantwortlich gemacht wurden.[11]

Gleichzeitig war das sich in Abgrenzung zum Staat konstituierende Selbstverständnis der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung dafür, daß Traditionen weitgehend beibehalten wurden. Auch in den Oppositionsbewegungen wurden überkommene Geschlechterstereotype reproduziert[12] und in Polen immer wieder politisch genutzt[13].

[9] Siehe dazu Sławomira Walczewska: Liga Kobiet – jedyna organizacja kobieca w PRL, in: Pełnym Głosem, 1/1993, S. 25–29, sowie Interviews von Gesine Fuchs mit Vorstandsmitgliedern der Liga Kobiet Polskich 1999 und 2000. Nachdem sich die Liga 1966 gegen die Nachtarbeit von Frauen eingesetzt hatte, löste das ZK der PZPR zur Strafe deren Betriebsorganisationen auf, wodurch die Liga über 95 Prozent ihrer Mitfrauen verlor.

[10] Zum Begriff der Arbeitsmarktreserve: Marliese Dobberthien: Frauenarbeit. Zwischen Chance und Diskriminierung, in: Luise F. Pusch: Feminismus. Inspektion der Herrenkultur, Frankfurt am Main 1983, S. 421–449.

[11] Jos Bloemsma: Neuželi buduščee russkich ženščin – tol'ko na kuchne? In: Regional'naja politika, 3/1993, S. 43–55.

[12] Zur Entstehung und zum Wesen der sogenannten „zweiten Gesellschaft", der parallel zur staatlichen Öffentlichkeit entstehenden Teilöffentlichkeiten mit alternativen Werten und

So wurde Mütterlichkeit als Sorge um das Wohlergehen der Kinder als politische Waffe eingesetzt (etwa beim „Marsch der Hungrigen" 1981 in Łódź). In Rußland galt die fast vollständige Erwerbstätigkeit von Frauen in der Bevölkerung als Maskulinisierung der Frau, während das zugunsten des öffentlichen (wohlfahrtsstaatlichen) Patriarchats geschwächte „private" Patriarchat als Feminisierung des Mannes verstanden[14] und die Rückkehr zur traditionellen Rollenverteilung zum Ziel erhoben wurde.
Insgesamt führte dies dazu, daß Frauen zwar gegen das Regime protestierten, nicht aber gegen die Ungerechtigkeit der eigenen Abwertung rebellierten, indem sie zuallererst und nur etwas für sich forderten. Diese Nachrangigkeit der Frauenfrage gegenüber anderen Anliegen findet sich in zahlreichen Frauenbewegungen der „Dritten Welt", die ebenfalls parallel zu Demokratisierungsbewegungen entstanden sind. Eine Konsequenz daraus ist, daß häufig kein geschlechtsspezifischer Begriff von Unterordnung vertreten wird. Die zur Artikulation von Interessen von Frauen als sozialer Gruppe sowie zur Partizipation notwendigen Freiheiten brachte erst die Demokratisierung.

Geschlechterverhältnisse in der Transformation

Der Systemwechsel führte jedoch auch zur Veränderung wesentlicher gesellschaftlicher Koordinaten, von denen das Geschlechterverhältnis zentral betroffen ist. Das Arrangement von Staat, Markt, Individuum und Familie wurde neu bestimmt. Die Institutionalisierung einer konturierteren Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre wurde von Versuchen begleitet, Frauen in die häusliche Sphäre zurückzuverweisen. Dies führte aufgrund der Zuschreibungen von unterschiedlichen Wertigkeiten für Reproduktions- und Erwerbsarbeit zu einer Abwertung der sozialen Position der Frau. Die Etablierung eines neuen geschlechterpolitischen Wertesystems auf ideologischer Ebene wurde begleitet von scharfen formalen und tatsächlichen Einschnitten bei zivilen, sozialen und politischen Rechten von Frauen.[15]
Hinsichtlich der sozialen Rechte hat sich im Zuge des Systemwechsels in beiden Ländern der Arbeitsmarkt zulasten von Frauen entwickelt.[16] Die Erwerbsquoten gingen zurück, die (registrierte) Frauenerwerbslosigkeit liegt bei 55 Prozent (Polen) und

Normen: Jadwiga Staniszkis: The Ontology of Socialism. New York 1992. – Zur Geschlechtsidentität: Peggy Watson: Osteuropa: Die lautlose Revolution der Geschlechterverhältnisse, in: Das Argument, 203/1993, S. 721–731.

[13] Zu Mütterlichkeit und Weiblichkeit als Widerstandsformen: Padraic Kenney: Working-class community and resistance in pre-Stalinist Poland: the Poznanski textile strike, Lódz, September 1947, in: Social History, 1/1993, S. 31–51, und ders.: The Gender of Resistance in Communist Poland, in: American Historical Review, 1999, S. 399–425. – Für die 1990er Jahre auch Gesine Fuchs: Für eine Handvoll Złoty – Krankenschwesternproteste in Polen, in: Berliner Osteuropa-Info, 15/2000, S. 32–36.

[14] Lynne Attwood: The New Soviet Man and Woman. London 1990, S. 97.

[15] Christiane Lemke: Frauen und Politik in den Transformationsprozessen Osteuropas, in: dies. (Hg.): Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa. Frankfurt am Main/New York, S. 15–34.

[16] Sarah Ashwin/ Elain Bowers: Do Russian women want to work?, in: Mary Buckley (Hg.): Post-Soviet Women: from the Baltic to Central Asia. Cambridge 1997, S. 21–38. – Grażyna Firlit-Fesnak: Familie und Erwerbsarbeit – Einflußfaktoren auf das Gleichgewicht zwischen Familien- und Berufsrollen in Polen. Hannover 2002.

70 Prozent (Rußland).[17] Die Lohnungleichheiten zwischen den Geschlechtern nahmen zu. Im schon vor 1989 stark geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarkt sind Frauen seltener im Privat- und häufiger im „armen" öffentlichen Sektor beschäftigt.[18] Diskriminierungen bei Einstellung und durch sexuelle Belästigung nehmen zu.[19]
Der „vergeschlechtlichte Charakter der Veränderungen"[20] manifestiert sich auch hinsichtlich ziviler Rechte: Durch das faktische Abtreibungsverbot in Polen (1999: 151 offizielle Abbrüche) sind Frauen auf riskante und teure illegale Lösungen angewiesen.[21] Gewalttaten gegen Frauen nehmen in der gesamten Region ebenso zu[22] wie das transnationale Problem von Zwangsprostitution und Frauenhandel.[23]
Die Partizipation von Frauen in der institutionellen Politik sank im Vergleich zum Staatssozialismus.[24] In Rußland spielen auch über ein Jahrzehnt später Frauen eine marginale Rolle in der staatlich verfaßten Politik, während Frauen in Polen nach einem Tiefstand von zehn Prozent im Jahr 1991 heute über 20 Prozent der Abgeordneten des Sejms stellen.[25]

[17] Für Rußland: International Helsinki Federation for Human Rights (IHF) (Ed.): Women 2000 – An Investigation into the Status of Women's Rights in Central and South-Eastern Europe and the Newly Independent States. Vienna 2000, S. 373, für Polen: Główny Urząd Statystyczny: Badania o aktywności ekonomicznej ludności. Warszawa 2001, S. 36f.

[18] Vgl. Główny Urząd Statystyczny: Badania [Fn. 17], S. 49–51.

[19] Vgl. Eva Fodor: Gender in Transition: Unemployment in Hungary, Poland and Slovakia, in: East European Politics and Societies, 3/1997, S. 470–500, sowie IHF, Women 2000 [Fn. 17].

[20] Watson, Osteuropa [Fn. 12], S. 859.

[21] Für eine legale Abtreibung muß eine schwere Gesundheitsschädigung oder Lebensgefahr der Mutter, eine schwere irreversible Schädigung des Fötus oder eine bereits bestehende Anzeige wegen Vergewaltigung vorliegen. Vgl. Dziennik Ustaw z 1993r., Nr. 17, poz. 78, Ustawa o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży. – Die stark gesunkenen Zahlen von Abbrüchen nach medizinischer Indikation (1994: 684, 1999: 94) und Befragungen von Gesundheitspersonal deuten darauf hin, daß selbst bei Vorliegen einer Indikation der Abbruch in einem öffentlichen Krankenhaus verweigert wird bzw. er in der Privatpraxis des behandelnden Arztes angeboten wird. Dazu: Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny: The Anti-Abortion Law in Poland. The Functioning, Social Effects, Attitudes and Behaviors, Warszawa 2000, S. 65–69, die Zahlen S. 9f. Fallbeispiel in Wysokie Obcasy, 47/2001, S. 30–35.

[22] Natalia Khodyreva: Sexism and Sexual Abuse in Russia, in: Chris Corrin (Ed): Women in a Violent World. Edinburgh 1996, S. 27–41. – Urszula Nowakowska: Violence against women: International standards, polish reality, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 15/1999, S. 41–63.

[23] Gillian Caldwell: Sold Into the Sex Trade, in: Transitions, 1/1998, S. 70–71, und IHF, Women 2000 [Fn. 1719].

[24] Susanne Kraatz: Als Frau in der Männerwelt der Politik. Erfahrungen russischer Parlamentarierinnen, in: OSTEUROPA, 3/1995, S. 247–266. – Dies.: Frauen und Politik in Rußland. Der Staat als Bündnispartner?, in: Gabriele Abels/Stefanie Sifft (Hg.): Demokratie als Projekt. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 155–182. – Renata Siemieńska: Frauen als politisch Handelnde im postkommunistischen Polen, in: Walter Koschmal (Hg.): Die Frau in der polnischen Gegenwartskultur. Köln 1996, S. 91–124. – Małgorzata Fuszara: Women's Share of Powers, in: Urszula Nowakowska (Ed.): Polish Women in the 90's. The report by the Women's Rights Center. Warsaw 2000, S. 19–40.

[25] <www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>.

Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation von Frauen

Seit mit dem Systemwechsel auch die Voraussetzungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft geschaffen worden waren, entwickelten sich sowohl in Rußland als auch in Polen zahlreiche nichtstaatliche Organisationen. Heute existieren in Polen nach konservativen Schätzungen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner sieben, in Rußland sechs aktive NGOs.[26] Rechtliche Rahmenbedingungen und politische Artikulationsmöglichkeiten sind in Polen wesentlich günstiger für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft. In beiden Ländern ist die Finanzlage problematisch[27], hier wie dort gehören Advocacy-Organisationen zu den wichtigsten Vereinigungen. In Rußland ist die Zahl von Vereinen mit Selbsthilfecharakter wesentlich höher als unter polnischen NGOs.[28]

Polen: Vom Milieu der Frauenorganisationen zu einer sozialen Bewegung

In Polen begann die offene frauenpolitische Organisierung bereits im Mai 1989, als katholische Sejm-Abgeordnete ein totales Abtreibungsverbot forderten. Diese Initiative zog vielfältige Proteste nach sich. Später wurde die Parlamentarische Frauengruppe gegründet, und es formierte sich eine Bewegung für ein Referendum. Durch den Konflikt wurden aus Frauen politische Akteurinnen. Neue, schon vor 1989 gegründete Gruppen registrierten sich als Vereine. Wie überall in Osteuropa zu dieser Zeit ging es bei diesem Konflikt darum, welches Bild von Nation, Staat und Bürgerin oder Bürger im neuen System Geltung haben sollte. Eine der zentralen Fragen lautete: Was soll das Individuum, was der Staat entscheiden?[29] Abtreibungsgegner in Polen argumentierten oft, die Nation habe eine moralische Mission und Vorbildfunktion. Schließlich war der Konflikt auch ein Diskurs um politische Legitimität. Mit neuen gesetzlichen Regelungen sollte Distanz zum alten Regime markiert werden. Aus einigen wenigen Frauengruppen hat sich bis heute eine kleine soziale Bewegung entwickelt und zwar in drei Entwicklungsstufen: von der „Selbstverteidigung" gegen das Abtreibungsverbot über gemeinsames prospektives Handeln und die Nutzung politischer Gelegenheiten wie der Weltfrauenkonferenz 1995 bis zur Verbreiterung und Vernetzung der Basis sowie dem Gewinn politischer Handlungsfähigkeit seit 1997.

[26] Eigene Berechnungen nach USAID: The 2001 NGO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia. Washington 2002; <www.usaid.gov/regions/europe_eurasia/dem_gov/ngoindex/2001/index.htm>, S. 133 und Klon/Jawor: Komunikat z badania kondycja sektora organizacji pozarządowych w Polsce 2002. Warszawa 2002, verfügbar unter <www.badania.ngo.pl> (26.09.02), S. 1.

[27] Große Einnahmequellen von NGOs sind staatliche Gelder (etwa ein Drittel in Polen) und finanzielle Hilfen aus dem Ausland (etwa 18 Prozent). Das Aufkommen aus Spenden und Gebühren für Dienstleistungen ist gering.

[28] Zu Größe und Nachhaltigkeit des NGO-Sektors: USAID: NGO Sustainability Index, Klon/Jawor, Komunikat [Fn 26] – Andrew T. Green: Comparative Development of Postcommunist Civil societies, in: Europe-Asia Studies, 3/2002, S. 455–471. – „Fact Sheets" des Comparative Nonprofit Sector Project, aktualisiert im April 2003, verfügbar unter <www.jhu.edu/~ccss/pubs/cnpwork/index.html> (für Rußland liegen dort noch keine Zahlen vor).

[29] Für eine zusammenfassende Analyse dieser „politics of reproduction" siehe Susan Gal/ Gail Kligman: The Politics of Gender after Socialism. Princeton 2000, Kapitel 3.

Bei der Transformation der sozialen Sicherungssysteme wurden NGOs, darunter auch die Frauenorganisationen, schnell zu Krisenpuffern. Regionalorganisationen der *Liga Kobiet* „überlebten" die Wende, indem sie soziale Bedürfnisse vor Ort identifizierten und für Suppenküchen oder Behindertenwerkstätten Unterstützung einwarben. Zwischen 1993 und 1998 verdoppelte sich die Zahl sozialer NGOs, die nun die Hälfte der aktiven Vereine ausmachen. Obwohl in Sonntagsreden hochgelobt, wurden sie weder in die politische Reformdiskussion einbezogen noch als subsidiäre Leistungserbringer vorgesehen. Zwar ist der NGO-Sektor im ostmitteleuropäischen Vergleich klein[30], doch die polnische Zivilgesellschaft ist keineswegs demobilisiert, befindet sich zur Zeit aber in einer ‚Basisphase', in der an konkreten sozialen Problemen gearbeitet wird. In sozialen NGOs sind Frauen insgesamt zwar in der Mehrheit, keineswegs aber in den Vorständen.[31] Erwerbstätige (d.h. doppelbelastete) Frauen sind wesentlich seltener ehrenamtlich engagiert als Männer.[32] Für ältere Frauen kann hingegen ein Engagement im Sinne sozialer Mutterschaft ihre gesellschaftliche Integration fördern.[33] Zwar sind vielfach Akademikerinnen in den Organisationen aktiv, doch sind alle Schichten vertreten, besonders in NGOs mit Selbsthilfecharakter. Es sind keine Dachorganisationen als politische Lobby entstanden, sondern es gibt einige NGOs, die Daten sammeln, vernetzen oder Aktive weiterbilden[34]. Frauenorganisationen sind im NGO-Sektor überdurchschnittlich präsent und vernetzt. Zwischen 1995 und 2000 gab es 104 selbständige Frauenorganisationen bzw. mit Regionalgruppen landesweit ca. 300 Ansprechadressen, zunehmend auch außerhalb Warschaus.[35]

Information und Beratung in den Bereichen Arbeit, Gewalt, Gesundheit kennzeichnen die Arbeit der Frauenorganisationen. Ob Selbsthilfe, Advocacy- oder Mitgliedsorganisation: Die unabhängige und offensive Information über Rechte und staatliche Tätigkeit steht im Zentrum. Die wichtigen Frauenorganisationen in Polen stehen alle „auf zwei Beinen", indem sie praktische und strategische Gender-Interessen verfolgen. Praktische Gender-Interessen werden induktiv aus der konkreten gesellschaftlichen Position und den Problemen von Betroffenen entwickelt. Die Geschlechterordnung wird dabei nicht in Frage gestellt. Strategische Gender-Interessen werden deduktiv aus einer Analyse der Frauenunterdrückung entwickelt, wobei alternative Ziele und Werte formuliert werden.[36]

[30] Siehe die Daten in Lester M. Salamon/Helmut K. Anheier et al.: The emerging sector revisited – a summary. Revised estimates. Baltimore 1999 [= Center for Civil Society Studies, Johns Hopkins University].

[31] Klon/Jawor, Komunikat [Fn. 28], S. 4.

[32] BOS 21/2000: Społeczeństwo obywatelskie? Między aktywnością społeczną a biernością. Warszawa 2000, verfügbar unter <www.cbos.pl/spiskom.pol/2000/kom021/kom021.htm> (20.10.00).

[33] Dies legen Äußerungen von Aktivistinnen der *Liga Kobiet* gegenüber Gesine Fuchs nahe.

[34] <www.klon.org.pl>. – Für Frauenorganisationen: <www.oska.org.pl>.

[35] Eigene Berechnungen aufgrund des „Informator o organizacjach i inicjatywach kobiecych w Polsce", Warszawa 1995, 1997, 2000, herausgegeben vom Centrum Promocji Kobiet sowie des „Indeks Organizacji Kobiecych w Polsce", herausgegeben vom Ośrodek Środowisk Kobiecych, Warszawa 1999.

[36] Maxine Molyneux: Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State and Revolution in Nicaragua, in: Feminist Studies, 2/1985, S. 227–254, bes. S. 230–235.

Tabelle 1
Schwerpunkte und Arbeitsformen polnischer Frauenorganisationen

Arbeitsfeld	Zahl der Organisationen	in Prozent
Beratung von Frauen (alle Bereiche)	47	45,1
Arbeit, Beruf, Qualifikation	39	37,5
Gesundheit	32	30,7
Soziale Hilfen anbieten	32	30,7
Bildung	27	25,9
Kultur	25	24,0
Rechtsberatung	24	23,0
Advocacy-Organisationen	20	19,2
Anti-Gewalt	18	17,3
Selbsthilfe	17	16,3
Familie	17	16,3
Arbeitsform: Publikationen und Informationen	54	51,8
Arbeitsform: Lobby-Arbeit	32	30,7
Arbeitsform: Kurse und Bildungsveranstaltungen	28	16,9
Arbeitsform: Trainings und Berufsqualifikationen	18	17,3
Arbeitsform: nach innen gerichtet	17	16,3
	n=104	

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Informator o organizacjach i inicjatywach kobiecych w Polsce. Warszawa 1995, 1997, 2000.

Beide Arten von Interessen stehen in Polen in einem dialektischen Verhältnis. Die Organisationen orientieren sich in ihrer Arbeit an konkreten Bedürfnissen von Frauen etwa nach Rechtsberatung, Arbeitsvermittlung oder sozialen Hilfen. Diese praktische Arbeit stärkt die Legitimität strategischer Forderungen nach außen, wenn also die praktischen Bedürfnisse politisiert werden und vor allem mit Rechtsalphabetisierung, Propagierung autonomer Frauenräume und Lobbyarbeit eine gesellschaftliche Veränderung verlangt wird. Als roter Faden zieht sich das Recht durch diese Tätigkeiten – Rechte haben, kennen und bekommen lauten die drei Ziele. Ein Viertel der polnischen Organisationen bietet dementsprechend Rechtsberatung an. Die eigenen Forderungen und Ziele legitimieren sie mit Verweis auf nationales, internationales und europäisches Recht. Schließlich erheben sie zunehmend rechtspolitische Forderungen und lancieren diese durch Kooperationen mit Frauen in Parlamenten auch politisch. Damit wird auf individueller und politischer Ebene der Rechtsstaatsgedanke entscheidend gestärkt.[37]

Exemplarisch für die Verknüpfung von praktischen und strategischen Interessen ist die Arbeit der *Familienplanungsföderation (Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny)*. Sie ist ein Zusammenschluß mehrerer Organisationen, die sich für Aufklärung, reproduktive Gesundheit und ein liberales Abtreibungsrecht einsetzt. Auf praktischer Ebene betreibt die Föderation seit 1992 das älteste Beratungstelefon für Frauen in Polen. Sie bietet offene Treffen und Diskussionen in Warschau an. Landesweit werden offensiv Druckschriften über Aufklärung und Verhütung verteilt. Die Föderation veröffentlicht unabhängige Untersuchungen, etwa zur reproduktiven Gesundheit und zu den Auswirkungen des Abtreibungsverbots. Diese Untersuchungen verleihen den politischen Forderungen der Föderation empirische Glaubwürdigkeit. So konnte sie Fakten zum von Regierungsseite stets heruntergespielten „Abtreibungsuntergrund" bieten. Gestützt auf die Verfassung, internationale Verträge und die Rechtstandards der Europäischen Union fordert die *Familienplanungsföderation* legale Abtreibungen, kassenpflichtige Verhütungsmittel, bessere Aufklärung und Gesundheitsprophylaxe. Sie stellt damit ihre Forderungen in einen von den maßgeblichen politischen Kräften akzeptierten Rahmen geltender internationaler Rechtsnormen und europäischer Werte. Dieses sogenannte *Framing* eigener Forderungen wenden soziale Bewegungen häufig an[38], so auch andere polnischen Frauenorganisationen. Die Vernetzung mit der internationalen Frauenbewegung hat dies gestärkt. In Kampagnen mahnt die Föderation den Staat zur Einhaltung seiner rechtlichen Verpflichtungen. Die praktische Aufklärungsarbeit betont die Ziele der Föderation, bietet aber auch Erkenntnisse über Zustände, die nur politisch bekämpft werden können, etwa daß Krankenhausärzte sich weigern, legale Abtreibungen vorzunehmen.[39] Im Verlauf der 1990er Jahre nahmen die gemeinsamen politischen Initiativen von Frauenorganisationen zu. Zunächst schlossen sich zwölf wichtige Organisationen 1994 zusammen, um einen Schattenbericht für die Weltfrauenkonferenz in Peking zu erstellen. Schließlich waren sie in einem „Forum der NGOs" bei der Gleichstellungsbeauftragten an der Formulierung des polnischen Aktionsplans zur Umsetzung der Aktionsplattform von Peking beteiligt. Nachdem 1997 das konservative Wahlbündnis *Akcja Wyborcza Solidarność* (Wahlbündnis Solidarność, AWS) zur wichtigsten Regierungspartei wurde, wanderte das „Forum" zur *Parlamentarischen Frauengruppe (Parlamentarna Grupa Kobiet)* ab, wo sie parlamentarische Initiativen, etwa für ein Antidiskriminierungsgesetz, anregte. Nach dem Wahlsieg des linksgerichteten *Sojusz Lewicy Demokratycznej* (Union der demokratischen Linken, SLD) bei den Parlamentswahlen im Jahre 2001 wurde eine neue Gleichstellungsbeauftragte, Izabela Jaruga-Nowacka, berufen, die die zuvor eingestellten Konsultationen mit den NGOs wiederbelebte. Im Vorfeld der Parlamentswahlen hatten 20 NGOs die überparteiliche Frauen-Wahl-Koalition *Przedwyborcza Koalicja Kobiet* gegründet,[40] die sich für die Wahl von Frauen engagierte und mit einer Liste von politischen Fragen an die Kandidierenden („Wahlprüfsteinen") eine entwickelte geschlechterpolitische Agenda vorlegte. Frauensektionen in den linken bzw. liberalen Parteien SLD, Unia Pracy (Arbeitsunion) und Unia

[37] Zum Recht als „Masterframe" vgl. David A. Snow/Robert D. Benford: Master Frames and Cycles of Protest, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Eds.): Frontiers in Social Movement Theory. New Haven/London 1992, S. 133–155.

[38] Vgl. David A. Snow/Robert D. Benford: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: International Social Movement Research, 1/1988, S. 197–217.

[39] Siehe dazu Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny: Report: Consequences of the Anti-Abortion Law (1994), The Effects of the Anti-Abortion Law in force in Poland since March 16 1993 (1996), The Anti-Abortion Law in Poland – The Functioning, Social Effects, Attitudes and Behaviors (2000), Zdrowie reprodukcyjne kobiet w Polsce (1997) sowie die zahlreichen Aufklärungsbroschüren und das „Biuletyn Informacyjny" der Föderation.

[40] <www.oska.org.pl/koalicja/tytul.html>.

Wolności (Freiheitsunion) haben Quoten für die Nominierung durchgesetzt.[41] Der Frauenanteil im Sejm stieg auf gut 20 Prozent. Bei den Regionalwahlen 2002 war die *Przedwyborcza Koalicja Kobiet auf* 70 Organisationen angewachsen. Ob Wahlen oder reproduktive Rechte – Berichte in der klassischen Frauenpresse, insbesondere der Frauenbeilage der größten Tageszeitung Gazeta Wyborcza, der *Wysokie Obcasy* zeigen eine zunehmende Rezeption feministischer Argumente.

Frauenorganisationen und Frauenbewegung in Rußland

Auch in Rußland ergriffen Frauen in stärkerem Maße als Männer die neuen Möglichkeiten zur Partizipation, die sich durch den Systemwechsel boten.[42] Frauen dominieren in NGOs nicht nur zahlenmäßig.[43] Mehr als die Hälfte wird auch von Frauen geführt[44]. Frauendominierte NGOs und Frauenorganisationen sind jedoch nicht gleichermaßen der Frauenbewegung zuzuordnen.[45] Die Selbstorganisation von Frauen führt nicht zwangsläufig dazu, daß diese sich über Geschlechterhierarchien bewußt werden und sich für deren Überwindung einsetzen. Auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft ist dies jedoch Voraussetzung für die Neudefinition kultureller Normen und Identitäten sowie für die Anerkennung neuer politischer Akteurinnen und Akteure in der Gesellschaft. Deshalb konzentriert sich die Analyse hier auf feministische Organisationen.

Bis Mitte der 1990er Jahre war, trotz des vergeschlechtlichten Charakters des Umbruchs, die Ablehnung feministischer Zugänge in Rußland weit verbreitet. Seitdem ist jedoch eine Trendwende zu konstatieren, die nicht zuletzt auf die Erfahrung von zunehmender Diskriminierung sowie die Auseinandersetzung mit westlichen feministischen Theorien zurückgeht. Während Anfang der 1990er Jahre die Beteiligung an den in der Stadt Dubna abgehaltenen ersten beiden *Unabhängigen Frauenkongressen* (Nezavisimyj Ženskij Forum) eher klein war,[46] wird die Anzahl von Frauenorganisationen nunmehr auf 1000[47] bis 4000[48] geschätzt. Einen deutlichen Impuls für die Entstehung einer Zweiten Frauenbewegung in Rußland lieferte die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995.

---

[41] Vgl. Małgorzata Fuszara: „Unvollendete Demokratie": Frauen, Männer und die Macht in Polen, in: Beate Hoecker/Gesine Fuchs (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa II – Die Beitrittsstaaten. Opladen, i. E.

[42] Kraatz, Frauen [Fn. 24], S. 155–182.

[43] Julia Zelikova: Women's Participation in Charity, in: Elina Haavio-Mannila/Anna Rotkirch (Eds.): Women's voices in Russia today. Aldershot 1996, S. 248–255.

[44] IHF, Women 2000 [Fn. 1719].

[45] Dieser Zugang ist jedoch weitverbreitet, siehe exemplarisch: Linda Racioppi/Katherine O'Sullivan See: Organizing Women before and after the Fall: Women's Politics in the Soviet Union and Post-Soviet Russia, in: Signs 20/4, S. 818–850.

[46] Elena Chinyaeva: An Identity of One's Own, in: Transitions, 1/1998, S. 36–39; siehe auch: <http://www.a-z.ru/women/rubrikator/dates/65.htm>.

[47] Brigitta Godel: Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: Selbstorganisation russischer Frauen. Werte und Geschlechterstereotype im Transformationsprozeß Rußlands. Frankfurt am Main 2002, S. 132.

[48] James Richter: Evaluating Western Assistance to Russian Women's Organizations, in: Sarah E. Mendelson/John K. Glenn (Eds.): The Power and Limits of NGOs. New York 2002, S. 54.

Das Spektrum der Frauenorganisationen umfaßt Berufsvereinigungen, Organisationen gegen Frauenarbeitslosigkeit, Selbsthilfeorganisationen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen wie allein erziehende Mütter oder kinderreiche Familien, Frauenkrisenzentren und NGOs zur Förderung weiblicher politischer Repräsentanz ebenso wie Gender-Studies-Zentren und Lesbenorganisationen. Längst sind sie über Moskau und St. Petersburg hinaus im ganzen Land vertreten. Die Bandbreite reicht von kleinen Gruppen bis hin zu Organisationen mit Ablegern in den Regionen.[49]

Auch das gesamte politische Spektrum wird abgedeckt. Einige Frauenorganisationen gehen auf die zu Zeiten der UdSSR bestehenden *žensovety* (Frauenräte) zurück, andere, die sogenannten „autonomen" Frauenorganisationen, haben sich nicht zuletzt in Abgrenzung zu jenen nach dem Systemwechsel gegründet.[50]Unter den NGO-Aktivistinnen überwiegen Frauen mittleren Alters. Der Großteil der Frauen arbeitet auf ehrenamtlicher Basis.[51] Die Motive für ihr Engagement reichen von der Verbesserung der materiellen Lebenssituation bis zum Bedürfnis nach politischer Teilhabe.[52]

Eine zentrale Strategie der russischen Frauenorganisationen ist die Bezugnahme auf nationales und internationales Recht: Den Forderungen an die institutionalisierte Politik wird z.B. mit dem Verweis auf internationale Abkommen wie die *Konvention über die Eliminierung aller Formen der Diskriminierung von Frauen* (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW) Nachdruck verliehen.[53]

Charakteristisch für die feministischen wie für die meisten anderen Nichtregierungsorganisationen ist ein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber dem Staat, der aber weiterhin als primärer Adressat zur Problemlösung bestehen bleibt. Das eigene Engagement verstehen nicht nur die feministischen Organisationen als Beitrag zur Entstehung einer Zivilgesellschaft, deren Existenz den Rückfall in eine Diktatur verhindern soll.[54]

Zu den Problemen der rußländischen Frauenbewegung zählt die auch für andere zivilgesellschaftliche Organisationen charakteristische Gruppierung um eine charismatische Führungspersönlichkeit, welche die interne Organisationsstruktur prägt. Dies führt häufig zu Spannungen innerhalb der NGOs und Rivalitäten mit anderen Organisationen.[55]

---

[49] Valerie Sperling: Organizing Women in Contemporary Russia. Cambridge 1999, S. 21.

[50] Brigitta Godel: 80 Jahre sowjetisch-russischer Frauenpolitik und Frauenpartizipation, in: Martina Ritter (Hg.): Zivilgesellschaft und Gender-Politik in Rußland. Frankfurt am Main 2001, S. 110.

[51] Vgl. Rebecca Kay: Russian Women and Their Organizations. Gender, Discrimination and Grassroots Women's Organizations. Houndmills et al. 2000.

[52] Vgl. Elena Zdravomyslova: Die Feministinnen der ersten Stunde im heutigen Rußland: Ein Porträt vor dem Hintergrund der Bewegung, in: Ilse Lenz/Michiko Mae/Karin Klose (Hg.): Frauenbewegungen weltweit. Opladen 2000, S. 55, sowie Godel, Auf dem Weg [Fn. 47], S. 417.

[53] Richter, Evaluating [Fn. 48], S. 77; zur Konvention siehe: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>.

[54] Linda Racioppi/Katherine O'Sullivan See: Organizing Women before and after the Fall: Women's Politics in the Soviet Union and Post-Soviet Russia, in: Signs, 4/1995, S. 848.

[55] Vgl. hierzu Galina Luchterhandt/Otto Luchterhandt: Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in Rußland, in: Hans Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.): Ist Rußland auf dem Weg zur Demokratie? Paderborn 1993, S. 134.

Darüber hinaus haben die Organisationen ein Nachwuchsproblem: Obwohl auf individueller Ebene feministische Ansichten vertreten werden, hat sich keine neue Führungsgeneration herausgebildet.[56] Eine große Herausforderung stellt angesichts der schwierigen ökonomischen Lage die finanzielle Instabilität der meisten Organisationen dar. Daher sind zahlreiche Frauen-NGOs auf die Unterstützung aus dem Westen angewiesen. Diese finanzielle Abhängigkeit schafft allerdings ein Machtgefälle zwischen Geber- und Nehmerorganisationen, das regelmäßig zu Konflikten führt.[57] Zudem existieren Spaltungen entlang der – für das Fundraising relevanten – Kenntnis und Bereitschaft zur Übernahme westlicher feministischer Theorien.[58] Der im gesamten osteuropäischen Bereich geführte „Feminismusstreit"[59] über die Übertragbarkeit feministischer Theorieansätze zwischen Ost und West hat hingegen auf beiden Seiten neue (Denk-)Möglichkeiten eröffnet.

Ein weiteres Problem, mit dem die Frauenbewegung in Rußland konfrontiert ist, ist ihre geringe Breitenwirkung.[60] Die Mobilisierung der Bevölkerung ist gerade angesichts der Schwäche der Zivilgesellschaft ein schwieriges Unterfangen.[61] Widerstände ideologischer Natur (Frauenfeindlichkeit, Sexismus[62]) sowie das Erbe der Sowjetunion kommen hinzu.[63] Der fehlende Massencharakter wirkt sich nicht zuletzt negativ auf die politische Wirksamkeit der Frauenbewegung aus.[64]

Dennoch kann die Frauenbewegung in Rußland maßgebliche Errungenschaften vorweisen. Sie hat frauenspezifische Probleme in das Bewußtsein der Bevölkerung gebracht und Frauen als Individuen, in organisierten Zusammenschlüssen sowie als Gesamtgruppe gestärkt. Es ist den Organisationen gelungen, Überlebensstrategien zu entwickeln und den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Darüber hinaus schafft die Herausbildung einer kollektiven Identität, gerade in Abgrenzung zu den vorherrschenden traditionalen Geschlechtermodellen, ein subversives Potential und führt zu einem Zuwachs an Gestaltungsmacht (*empowerment*).[65]

Zu den Themen, für die die Frauenorganisationen die Gesellschaft sensibilisierten, gehören solche zuvor tabuisierten Probleme wie sexualisierte Gewalt gegen Frauen, die Situation sexueller Minderheiten oder der Anspruch von Frauen auf politische Teilhabe und Repräsentation.[66] Über die Massenmedien sowie über Frauenverlage

[56] Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 54.
[57] Vgl. Kay, Russian Women [Fn. 51].
[58] Ebd.
[59] Vlasta Jalušič: Die Geschlechterfrage und die Transformation in Ostmitteleuropa: Kann das Geschlechterparadigma zur „Transformation des Politischen" beitragen? in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen 1998, S. 450–474.
[60] Richter, Evaluating [Fn. 48], S. 57, sieht einen Zusammenhang mit der Interferenz aus dem Westen, Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 57, verweist auf die dem gesamten NGO-Sektor eigene organisatorische Instabilität.
[61] Sperling, Organizing [Fn. 49], S. 266.
[62] Zur Definition von Sexismus vgl. Elizabeth Grosz: Philosophy, in: Sneja Gunew (Hg.): Feminist Knowledge. London 1992, S. 149.
[63] Godel, Auf dem Weg [Fn. 47], S. 419. – Sperling, Organizing [Fn. 49], S. 14.
[64] Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 57.
[65] Kay, Russian Women [Fn. 51], S. 126f.
[66] Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 52.

erreichen sie eine breitere Öffentlichkeit.[67] So konnten die Begriffe „gender" und „Mißbrauch" im öffentlichen Diskurs verankert werden.[68] Im akademischen Bereich gelang die Etablierung der Frauen- und Geschlechterforschung. Mittlerweile hat diese die Konzentration auf die nachholende Rezeption westlicher feministischer Theorie zurückgelassen und betreibt eigenständige Theoriebildung.[69]

Zusätzlich ist eine zunehmende Vernetzung der Frauenorganisationen zu konstatieren. Neben nationalen Netzwerken wie der *Liga Ženščin* (Frauenliga), dem *Nezavisimyj Ženskij Forum* (Unabhängiges Frauenforum) oder dem Konsortium von Frauen-NGOs existiert mit dem Dachverband *Karat* ein Zusammenschluß, der Organisationen aus 30 postsozialistische Staaten umfaßt.[70] Dies entspricht dem weltweit zu beobachtenden Trend zur Globalisierung auch der Frauenbewegung.[71] Gesondert hervorzuheben ist der Erfolg des Netzwerks von Frauenkrisenzentren, sowohl Gewalt gegen Frauen als auch den internationalen Frauenhandel öffentlich zu machen.[72]

Insgesamt zeigt sich somit ein ambivalentes Bild der Frauenbewegung in Rußland.[73] Auf lokaler und regionaler Ebene ist der Erfolg von frauenpolitischem Lobbying in hohem Maße abhängig von den persönlichen Kontakten der Aktivistinnen.[74] Auf föderaler Ebene ist es im Zusammenspiel mit der internationalen Öffentlichkeit zwar gelungen, dem Gleichheitsartikel Verfassungsrang zu verschaffen. Darüber hinaus konnte im Sinne der Geschlechtergleichstellung auf die Gesetzgebung eingewirkt und die Einrichtung staatlicher Kommissionen zu deren praktischer Umsetzung erreicht werden.[75] Diese Erfolge sind jedoch mehr auf der symbolischen Ebene anzusiedeln, fehlt es doch an der Umsetzung und damit an praktischen Auswirkungen auf die Lebensrealität von Frauen in Rußland. Insbesondere mangelt es an der breiten öffentlichen Unterstützung, die notwendig wäre, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.[76]

[67] Ebd., S. 56.
[68] Richter, Evaluating [Fn. 48], S. 77.
[69] Therese Garstenauer: Gendernyje Issledovanija in Moskau – ein autonomes Feld? Eine wissenschaftssoziologische Annäherung an die Moskauer Frauen- und Genderforschung. Wien 2000.
[70] Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 56. – <www.karat.org>.
[71] Lenz/ Mae/ Klose (Hg.), Frauenbewegungen [Fn. 52].
[72] Richter, Evaluating [Fn. 48], S. 79.
[73] In der Fachliteratur wird die Konsolidierung der rußländischen Frauenbewegung sehr unterschiedlich eingeschätzt. Zdravomyslova betrachtet eine solche als „nahezu unerreichbar" – Zdravomyslova, Die Feministinnen [Fn. 52], S. 56; Godel sieht hingegen eine Konsolidierung angesichts der Zahl und Stabilität von Frauenorganisationen in den letzten zehn Jahren als bereits gegeben an. Sie geht davon aus, daß „die zu beobachtende vermehrte, wenn auch insgesamt schwache Anerkennung gesellschaftlich und politisch aktiver Frauen [...] ihre zukünftig wachsenden Einflußmöglichkeiten wahrscheinlich [macht]" – Godel, Auf dem Weg [Fn. 47], S. 418.
[74] Ebd., S. 78.
[75] Godel, 80 Jahre [Fn. 50], S. 117f.
[76] Richter, Evaluating [Fn. 48], S. 78 und 83.

Schlußfolgerungen

Frauenbewegungen in Polen und Rußland agieren in höchst unterschiedlichen Kontexten. Während sich das demokratische System in Polen konsolidiert, ist es in Rußland von strukturellen Mängeln gekennzeichnet.[77] Die ökonomische Lage ist in Rußland angespannter und die Zivilgesellschaft schwächer ausgebildet. Der bevorstehende EU-Beitritt wirkt sich zusätzlich positiv für Polen aus.

Aus einer Geschlechterperspektive weisen die Auswirkungen der Transformation Parallelen auf: In beiden Ländern mußten Frauen einen Rückschritt in bezug auf ihre politischen, zivilen und sozialen Rechte hinnehmen. Doch es gibt wichtige, wenn auch graduelle Unterschiede. Die institutionelle politische Repräsentation von Frauen ist in Polen fast drei Mal höher. Es hat dort jedoch eine Beschneidung der „reproduktiven Rechte" stattgefunden. Demgegenüber sind die ökonomischen Deprivationserfahrungen von Frauen in Rußland ungleich stärker. Die Frauenbewegungen sind demnach mit unterschiedlichen politischen Strukturen konfrontiert und verfügen nicht in gleichem Maße über kulturelle und ökonomische Ressourcen.

In beiden Ländern sind Frauenorganisationen aktiv beim Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie bei der Kontrolle staatlicher Tätigkeit. Sie teilen die strategische Betonung des Rechts als Mittel der Interessenverteidigung und gehen so mit der internationalen Frauenbewegung konform. Gleichzeitig versuchen sie, auf Gesetzgebungsprozesse Einfluß zu nehmen und politischen Druck auszuüben, in dem sie sich auf internationale Abkommen berufen, die die beiden Staaten unterzeichnet haben. Die Berufung auf das Recht mit der Strategie des „Framing" legitimiert alle anderen Aktionsfelder der Vereinigungen und schützt Individuen. Das stärkt sowohl im Alltag wie in der politischen Auseinandersetzung die Herrschaft des Rechts. Dies kann offensichtlich deswegen wirken, weil die Frauenorganisationen einen normativen Konsens von Staat und Bevölkerung ansprechen. Aus ihrer realsozialistischen Erfahrung heraus fordern sie, daß formal garantierte Rechte stets auch gelten müssen. Die konkrete Manifestation dieser Strategie unterscheidet sich allerdings. In Rußland existieren nur in begrenztem Umfang etablierte Kanäle zur Einflußnahme auf Politik und Gesetzgebung, die dennoch erzielten Erfolge werden durch die mangelnde praktische Umsetzung gemindert. In Polen kann die Frauenbewegung sich zusätzlich auf EU-Vorgaben berufen. In dieser „Legitimierung der Demokratie durch Taten" liegen die stärksten Beiträge zu einer demokratischen Konsolidierung auf der Repräsentations-, Einstellungs- und Verhaltensebene.

Ein Blick auf Führung, innere Verfassung und Finanzierung der Frauen-NGOs zeigt, daß sie kaum ‚Schulen der Demokratie' sind. Doch stärkt die zunehmende zivilgesellschaftliche Vernetzung und Kooperation die Aneignung und Nutzung von demokratischen Verfahrensweisen zur Durchsetzung frauenspezifischer Interessen. Hinsichtlich der Entschärfung sozialer Konfliktlinien[78] ist zu betonen, daß sowohl die rußländische als auch die polnische Frauenbewegung an unmittelbare Bedürfnisse von Frauen wie Existenzsicherung, soziale Hilfe und Arbeit anknüpfen. Durch die Hilfestellung in der

[77] Manfred Sapper: Rußland in Europa zehn Jahre nach der Zeitenwende, in: OSTEUROPA-SPEZIAL, April 2002, S. 3–18.

[78] Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Opladen 1999, S. 169.

(Über-)Lebenssicherung tragen die Frauenbewegungen zum Abbau ökonomisch begründeter sozialer Differenzierung und zur Integration von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen bei. Damit schaffen sie die Grundlage für deren gesellschaftliche Partizipation. Im Bereich der Artikulation, Aggregation und Repräsentation von Interessen ist es den Frauenbewegungen in beiden Ländern gelungen, frauenspezifische Problemlagen zu artikulieren sowie feministische und damit im gesellschaftlichen Diskurs minoritäre Positionen in der Wissenschaft zu verankern und über die Massenmedien an die Öffentlichkeit zu tragen.

Was die Neudefinition kultureller Normen sowie individueller und kollektiver Identitäten sowie die Anerkennung neuer politischer Akteurinnen und Akteure in der politischen Gesellschaft betrifft, ist Polens Frauenbewegung deutlich weiter fortgeschritten. Die Verankerung der polnischen Frauenbewegung in der Bevölkerung ist stärker als in Rußland. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf eine längere Tradition unabhängiger (Frauen-)Bewegungen zurückzuführen, da die Frauenbewegung auf bestehende (und erinnerte) Ressourcen zurückgreifen kann. Es gelang ihr zudem, eine erfolgreiche Frauenwahlkoalition zu etablieren und in einigen Parteien Quoten einzuführen. In Rußland hingegen müssen feministische Positionen erst eine größere Breitenwirkung entfalten. Die Frauenbewegung muß ihr Nachwuchsproblem lösen und breitere Bevölkerungsschichten mobilisieren. Der eingeleitete geschlechterpolitische Wertewandel muß über die ideologischen Differenzen zwischen „alten", sowjetstämmigen und „neuen", so genannten „autonomen" Frauengruppen hinweg fortgesetzt werden, damit die *politics of inclusion* gelingen kann.

Die Erforschung von Formen konventioneller wie unkonventioneller Partizipation von Frauen in Ost- und Ostmitteleuropa ist längst nicht abgeschlossen. Hierbei nimmt die Untersuchung von Frauenbewegungen eine zentrale Stellung ein, sind sie doch durch ihre Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe und durch die Initiierung sozialen Wandels der Motor für den Abbau geschlechtsspezifischer Demokratiedefizite und Impulsgeberinnen für Frauenpolitik in Institutionen.